

**Niederschrift zur 6. öffentlichen Sitzung des Beirates Vegesack am Donnerstag, dem 12. November 2015 um 18.30 Uhr im Sitzungssaal des Ortsamtes Vegesack, Gerhard-Rohlf's-Straße 62, 28757 Bremen**

**Beginn:** 18.30 Uhr  
**Ende:** 22:15 Uhr

**Vorsitzender:** OAL Herr Dornstedt  
**Schriftführerin:** Frau Zilm

**Tagesordnung:**

1. Wünsche und Anträge der Bürger an den Beirat
2. Genehmigung der Niederschrift der 4. Sitzung vom 3. Oktober 2015 und der 5. Sitzung vom 8. Oktober 2015
3. Vergabe von Globalmitteln
4. Anträge des Beirates für die Aufstellung der Haushalte 2016 / 2017
5. Auswirkungen der Einrichtung einer zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber und Flüchtlinge (ZASSt) im ehemaligen Verwaltungsgebäude des Bremer Vulkans auf den Stadtteil Vegesack (s. Beiratsbeschluss vom 08.10.2015) ca. 19:15 Uhr
6. Löschung des öffentlichen Überwegungsrechtes für den „Vegesacker Balkon“ Weserstraße 74/75
7. Anträge und Anfragen der Parteien
8. Mitteilungen des Ortsamtsleiters entfallen
9. Mitteilungen der Beiratssprecherin entfallen
10. Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder entfallen

**Anwesende Mitglieder:**

Marvin Mergard  
Eyfer Tunc bis 21.37 Uhr  
Martina Weißling  
Wilfried Sulimma  
Joachim Riebau  
Sabri Kurt  
Thomas Pörschke  
Brigitte Palicki  
Hans-Albert Riskalla  
Greta Frenzel

Torsten Bullmahn  
Cord Degenhard  
Günter Kiener  
Dr. Hans-Stephan Schlenker

**Es fehlen:**

Klaus-Dieter Bless  
Dr. Jürgen Hartwig  
Gabriele Jäckel

**Weitere Gäste:**

Herr Töllner Polizeiinspektion Bremen-Nord  
Herr Dedner Polizeirevier Bremen-Nord  
Herr Will Hansegrund  
Herr Böning Hansegrund

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugegangen ist. Der Tagesordnungspunkt 3, Wahl einer Beiratssprecherin bzw. eines Beiratssprechers entfällt, da die Beiratssprecherin ihr Amt doch noch nicht zur Verfügung stellt.

Der Vorsitzende erinnert, dass der Beirat Vegesack in der letzten Sitzung am 8. Oktober 2015 einen Fragenkatalog mit 19 Punkten zum Thema ZAST beschlossen hat, mit der Maßgabe, dass der Beirat seine Zustimmung zu dieser Einrichtung gibt, wenn alle Fragen umfassend beantwortet sind.

Ende Oktober ist eine Antwort des Sozialressorts auf die gestellten Fragen eingetroffen. Am heutigen Tag erhielt das Ortsamt eine schriftliche Stellungnahme des Bauamtes Bremen-Nord, u.a. mit dem Hinweis, dass bislang entgegen der Zusage des Bauherren, kein Bauantrag für diese Immobilie eingegangen ist.

Das Sozialressort und auch das Bauamt Bremen-Nord haben erst heute ihre Teilnahme für die heutige Sitzung mit der Begründung abgesagt, dass eine schriftliche Stellungnahme vorliegt. Das Sozialressort hat die Durchführung einer Anwohnerversammlung zu diesem Thema angeboten.

Herr Dornstedt erklärt, dass er den Fraktionssprechern die Absetzung dieses Tagesordnungspunktes empfohlen hat, da er lediglich die Stellungnahmen vorlesen könnte, aber nicht in der Lage wäre, Fragen zu beantworten.

Da zu diesem Punkt keine einvernehmliche Regelung herbeigeführt werden konnte, wird dieser Tagesordnungspunkt aufgerufen, aber nicht abschließend diskutiert.

Herr Dornstedt erklärt, die beiden Stellungnahmen sowie das Schadstoffkataster auf der Homepage des Ortsamtes zu veröffentlichen.

Er schlägt vor, eine Redezeitbegrenzung des Publikums auf 3 Minuten pro Person zu beschließen.

Der Beirat stimmt dieser Regelung einvernehmlich zu.

## **Tagesordnungspunkt 1**

### Wünsche und Anträge der Bürger an den Beirat

- a. Eine Bürgerin beantragt, am ehemaligen Többens-Haus ein Hinweis- und Erinnerungsschild zu installieren, dass das Gebäude einmal der Familie Herbst gehörte.
- b. Manfred Baumgard, Vorsitzender der Siedlergemeinschaft berichtet, dass sich der Siedlerbund für den Spielplatz Apoldaer Straße sehr engagiert hat und 2000 Euro für eine Vogelnechtschaukel von der Sparkasse Bremen einwerben konnte. Nun fehlen noch weitere 2000 Euro. Er bittet den Beirat um dieses Geld.
- c. Eine Bürgerin erinnert, dass die bessere Beschilderung der Steingut AG noch immer nicht erfolgt ist. Sie erkundigt sich, wann es endlich mit dem Science Park weiter geht. Außerdem beklagt sie, dass die Verantwortlichen in den Behörden die Beschlüsse der Beiräte ignorieren.
- d. Eine Anwohnerin beklagt, dass am Hartmannstift zu wenig Müllcontainer stehen, es sieht dort immer sehr unansehnlich aus, weil im Umfeld der Container Müll herum liegt. Außerdem könnten die Container an anderer Stelle platziert werden.
- e. Herr Jacobi erkundigt sich nach dem Bearbeitungsstand seines Antrages der letzten Sitzung am 10. Oktober 2015. Er fragt, wie lange die Umsetzung dauern wird.

- f. Ein Bürger bittet den Revierleiter, seine Mitarbeiter aufzufordern, nicht die Fahrradwege zu blockieren, wenn sie an unübersichtlichen Stellen halten müssen.
- g. Eine Anwohnerin der Lindenstraße beschwert sich über einen klappernden Gullideckel in der Lindenstraße 42
- h. Es liegt ein schriftlicher Antrag zur Sperrung der Aumunder Heide für den Durchgangsverkehr vor.

**Tagesordnungspunkt 2**

Genehmigung der Niederschrift der 4. Sitzung vom 3. Oktober 2015 und der 5. Sitzung vom 8. Oktober 2015

Die Niederschrift der 4. Sitzung des Beirates am 3. Oktober 2015 wird wie vorliegend genehmigt.

Herr Kiener möchte zur Niederschrift der 5. Sitzung am 8. Oktober 2015, Tagesordnungspunkt 5, Seite 5 der Niederschrift im vorletzten Absatz, klarstellen, dass die BIW sehr wohl für Leute sind, die die Einwanderung beantragen oder die EU-Bürger, die über das Recht der Freizügigkeit verfügen. Die BIW ist jedoch dagegen, dass unter dem Vorwand des Asylantrages Einwanderung und Armutseinwanderung stattfindet. Wer hier gerne gesehen wird, kann gerne hierher kommen und die Einwanderung beantragen, die zu prüfen und ggf. zu genehmigen ist.

Ein Bürger beklagt sich, dass die Einwendungen der Bürger in der Sitzung nur als Zusammenfassung wiedergegeben wurden.

Der Vorsitzende stellt klar, dass das Beirätegesetz vorsieht, im Protokoll den Hergang einer Sitzung im Wesentlichen festzuhalten. Wortprotokolle von Bürgern können nicht geführt werden, aber die Meinung der Bürger wird im Protokoll wiedergegeben.

Herr Degenhard lobt die Protokollführung des Ortesamtes Vegesack ausdrücklich.

**Tagesordnungspunkt 3**

Vergabe von Globalmitteln

Der Vorsitzende überträgt die Sitzungsleitung für diesen Tagesordnungspunkt Frau Zilm.

Sie erläutert, dass die Bewilligungen immer nur mit der Maßgabe „bis zu einer Höhe von“ gelten.

Sie stellt zunächst die unten genannten Punkte 17 bis 40 vor:

			<b>Antragssumme</b>	<b>Beschlus s</b>
	<b>Antragsteller</b>	<b>Verwendungszweck</b>	<b>Betrag</b>	<b>Betrag</b>
<b>17</b>	Sportfischerverein Blumenthal	Reparatur Anglerhütte – Umwidmung in einen Rasenmäher	<b>400,00</b>	<b>200,00</b>

<b>28</b>	Caritasverband Bremen-Nord	Anschaffung von Sportmaterial für Projekt	<b>1.150,00</b>	<b>600,00</b>
<b>31</b>	ADFC Bremen	Hochstraßen Tour & Fahrrad Meile 2015	<b>700,00</b>	<b>0,00</b>
<b>32</b>	MTV Eiche Schönebeck	Turnmatten	<b>450,00</b>	<b>450,00</b>
<b>35</b>	Dienstleistungszentru m Vegesack	Anschaffung von 8 Konferenzstühlen	<b>1.001,90</b>	<b>1.001,90</b>
<b>36</b>	Vegesacker Turnverein von 1861 e. V.	Beschaffung von Sportmaterial für die REHA Gruppe	<b>1.267,88</b>	<b>1.267,88</b>
<b>37</b>	Förderverein Stadtgarten Vegesack	Bau einer Gezeitenstation	<b>3.000,00</b>	<b>3.000,00</b>
<b>38</b>	Sozialzentrum Nord	Spielplatz Apoldaer Str. - Seilbahn	<b>6.911,52</b>	<b>6.911,52</b>
<b>39</b>	Verein Ökologiestation e.V.	Errichtung eines Gartengerätehauses	<b>2.200,00</b>	<b>2.200,00</b>
<b>40</b>	Blumenthaler TV	Tanzkleidung für die deutsche Meisterschaft	<b>2.500,00</b>	<b>200,00</b>

***Der Beirat stimmt diesen Anträgen einstimmig zu.***

Punkt 41 gab Anlass zur Diskussion.

<b>41</b>	Kursana Care GmbH	Wörterbücher für Flüchtlingskinder	<b>199,00</b>	<b>199,00</b>
-----------	-------------------	---------------------------------------	---------------	---------------

Frau Palicki erklärt, dass sie im Sprecherausschuss darum gebeten hat die Summe aufzustocken und fragt warum das nicht passiert sei.

Herr Dornstedt erklärt, dass der Beirat nur Summen auszahlen kann, die beantragt wurden und Kursana auch auf Nachfrage erklärte, dass die Summe ausreichend sei.

Frau Frenzel erklärt, dass die CDU den Antrag nicht befürworten wird.

Herr Kiener erklärt, dass die Flüchtlinge Taschengeld bekämen, wovon sie die Bücher kaufen könnten.

Herr Pörschke erklärt dazu, dass es sich bei der Kursana Care GmbH um ein Altenheim handelt. Einige Bewohner des Heimes wollen den Kindern ehrenamtlich die deutsche Sprache nahe bringen.

Herr Kurt findet es schade, dass gerade diejenigen, die klagen, dass die Flüchtlinge die Sprache nicht lernen, dieses nun auch noch verhindern.

Herr Riskalla erinnert, dass die Flüchtlinge in der Notunterkunft Hartmannstift nur kurzzeitig untergebracht sind.

Frau Tunc erläutert, dass Kinder unglaublich schnell lernen und es auf jeden Fall sinnvoll ist, auch kurzzeitig zu unterrichten.

Herr Mergard schließt sich der Argumentation von Herrn Kurt und Frau Tunc an.

***Der Betrag wird mit 12 Zustimmungen und 2 Gegenstimmen beschlossen.***

Anschließend werden die Punkte 42 bis 46 vorgestellt.

42	Szenetreff Aumunder Heerweg	Mittagessen im Winterhalbjahr / Sachmittel	280,00	280,00
43	Kinder- und Familienzentrum Auf dem Flintacker	Anschaffung einer Doppelschaukel	1.500,00	1.500,00
44	Beirat Vegesack	Repräsentative Mittel	1.000,00	1.000,00
45	Weserjungs	Anschaffung eines Festwagens zur Darstellung von Vegesack	900,00	900,00
46	ASB Zuwanderungsbetreuung	Deutschunterricht für Flüchtlinge – Hartmannstift	799,60	799,60

**Die Beträge werden mit 13 Zustimmungen und 1 Enthaltung beschlossen.**

Frau Zilm erinnert an die Sitzung des Regionalausschusses, in der besprochen wurde, dass die Geschwindigkeitsmessenanlagen nur noch für den längerfristigen Einsatz genutzt werden können. Für eine längerfristige Nutzung werden jedoch Solarpanels benötigt. Die Kosten für 2 Panels belaufen sich auf ca. 1500 Euro.

47	Beirat Vegesack	Solarpanel für Geschwindigkeitsmessanlage	1.500,00	1.500,00
----	-----------------	---	----------	----------

**Der Betrag wird einstimmig bewilligt.**

Es liegen noch weitere Anträge vor, die jedoch im Vorfeld im Sprecherausschuss diskutiert werden sollen und am 10. Dezember 2015 beschlossen werden könnten.

#### **Tagesordnungspunkt 4**

##### Anträge des Beirates für die Aufstellung der Haushalte 2016 / 2017

Der Vorsitzende zitiert § 32 Abs. 1 des Gesetzes für Beiräte und Ortsämter.

„Die Ortsämter wirken an der Aufstellung der Haushaltsvoranschläge mit, indem sie aufgrund von Beschlüssen der Beiräte Anträge bei der fachlich zuständigen Senatorin oder dem fachlich zuständigen Senator stellen.“

Dieses Thema wurde aufgrund von bisherigen Beiratsbeschlüssen ebenfalls im Sprecherausschuss vorberaten.

Ein Punkt der Auflistung kann glücklicherweise wegfallen, da die Senatskanzlei in der letzten Woche beschlossen hat, dass die seit 1. Januar 2015 vakante Stelle im Ortsamt Vegesack wieder besetzt werden darf.

Der Vorsitzende formuliert folgenden Beschlussvorschlag:

**Der Beirat beantragt:**

- 1. die erforderlichen Mittel für den Bau der Kita Fährer Flur,**
- 2. die erforderlichen Mittel für die Einrichtung einer gebundenen Ganztagschule Alt-Aumund,**

**3. die erforderlichen Mittel für die Erstellung eines Gesamtkonzepts für den Bahnhofsbereich incl. Vegesacker Hafen im Haushalt 2016 / 2017 einzuplanen und bereitzustellen.**

**Der Beschluss wird einstimmig gefasst.**

**Tagesordnungspunkt 5**

Auswirkungen der Einrichtung einer zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber und Flüchtlinge (ZAST) im ehemaligen Verwaltungsgebäude des Bremer Vulkans auf den Stadtteil Vegesack

Der Vorsitzende erklärt nochmals, dass alle vorliegenden Stellungnahmen und das Schadstoffkataster auf der Website des Ortsamtes veröffentlicht werden, weil keine Referenten der Senatorin für Soziales und vom Bauamt Bremen-Nord erschienen sind. Das Sozialressort hat die Durchführung einer Anwohnerversammlung angekündigt um, alle offenen Fragen zu klären.

Herr Degenhard stellt fest, dass die Entscheidung über die Einrichtung einer ZAST von hohem Interesse für die Bevölkerung ist und findet es brüskierend, dass keine Vertreter der Behörden hier erschienen sind.

Er kündigt eine rechtliche Prüfung zum Verlauf der Abstimmung am 8. Oktober 2015 für die Einrichtung der ZAST im Vulkanverwaltungsgebäude an, denn er hält das Abstimmungsverhalten von Herrn Pörschke aufgrund des Mitwirkungsverbot nach § 20 des Beirätegesetzes für falsch.

Die Sozialbehörde hat bei der letzten Sitzung dafür geworben, dass eine ZAST im Vulkangebäude eingerichtet wird. Es liegt also ein politisches, soziales und auch wirtschaftliches Interesse vor. Er hat das Ergebnis nach der Sitzung angezweifelt, weil er Herrn Pörschke für befangen hält. Herr Pörschke ist als Mitarbeiter der Sozialbehörde mit Flüchtlingsfragen und auch deren Unterbringung befasst. Er kritisiert, dass das Ortsamt sich eine Bestätigung der Sozialbehörde eingeholt hat, die aussagt, dass Herr Pörschke nicht mit der Unterbringung von Flüchtlingen im Vulkangebäude befasst ist. Das BLV hat sich an Herrn Prange gewendet und der hat, seiner Meinung nach, aus dem Bauch heraus entschieden, dass Herr Pörschke nicht befangen sei.

Das Beirätegesetz besagt, dass ein Mitwirkungsverbot besteht, wenn das Beiratsmitglied gegen Entgelt bei jemand beschäftigt ist, die oder der an der Erledigung der Angelegenheit ein persönliches und wirtschaftliches Sonderinteresse hat. Dies trifft nach seiner Überzeugung für Herrn Pörschke zu.

Er erinnert daran, dass Herr Pörschke sich in der Vergangenheit bei Entscheidungen, die seine ehrenamtlichen Tätigkeiten betreffen, schon oft für befangen erklärt hat. Herr Degenhard hält das Abstimmungsergebnis 7 zu 7 für richtig und damit hätte die ZAST abgelehnt werden müssen.

Der Vorsitzende hält eine rechtliche Prüfung für sinnvoll, denn der Beirat soll schließlich rechtsgültige Entscheidungen treffen.

Herr Pörschke nimmt dazu Stellung. Er erläutert, dass das Mitwirkungsverbot erhoben wurde, damit sich ein Beiratsmitglied keine Vorteile verschaffen kann. Außerdem sollen Beiratsmitglieder davor geschützt werden, von ihrem Arbeitgeber unter Druck gesetzt zu werden, ein Votum abzugeben, welches von dem eigenen abweichen könnte. Er hat sich im Vorfeld der Sitzung an die Senatskanzlei gewendet um die Frage eines möglichen Mitwirkungsverbotes zu klären. Er selber hat seinen Dienstherrn um eine schriftliche Stellungnahme gebeten, ob er mit den Vorgängen

die mit der Schaffung einer Unterkunft im ehemaligen Verwaltungsgebäude unmittelbar befasst war.

Auch er ist interessiert zu klären, was ein wirtschaftliches Sonderinteresse ist. Er stellt klar, dass er an diesem Abend nicht anders abgestimmt hätte, wenn er nicht bei der Senatorin für Soziales beschäftigt wäre. Er erinnert, dass Herr Degenhard schon vor der Beratung die Klärung des Mitwirkungsverbotess hätte ansprechen müssen, damit er schon zur Beratung im Zuschauerraum Platz genommen hätte.

Frau Frenzel erklärt, dass sie selber und auch Herr Degenhard an dem Abend während Abstimmung auf die Befangenheit hingewiesen haben.

Herr Dornstedt bittet darum, nun zum eigentlichen Thema des Abends zu kommen.

Frau Weßling erklärt, dass die Fragen für die SPD zufriedenstellend beantwortet wurden und die Zustimmung der SPD gilt.

Herr Degenhard hält die Fragen zur Asbestbelastung für falsch beantwortet und findet es beunruhigend, dass die Architektin die Asbestbelastung so herunter gespielt hat. Er kann die Zustimmung der SPD nicht nachvollziehen.

Frau Palicki ist entsetzt, dass in solch einem Gebäude Menschen wohnen sollen.

Herr Sulimma hält die Behauptung für unsinnig, dass Menschen in einem asbestverseuchten Gebäude untergebracht werden sollen.

Er hat die Antworten der Sozialsenatorin aufmerksam gelesen und ist von einigen Antworten positiv überrascht. Unter Punkt 15 „kümmern um die Sorgen der Bevölkerung“ ist zu lesen, dass vorgesehen ist, eine halbe Stelle als Ansprechpartner für die Bürger vor Ort zu schaffen.

Unter Punkt 16 „Soziale Infrastruktur“ steht, dass die Senatorin für Kinder und Bildung 2018 eine Inbetriebnahme einer Kindertagesstätte vorsieht. Hier wird also eine Zusage gegeben, wann in Vegesack der Beiratsbeschluss vom 10. September 2015 realisiert wird. Unter Punkt 18 wird angekündigt, die Sanierung der Sporthalle Fährer Flur zu realisieren. Herr Sulimma berichtet, dass er auch schon von Menschen aus Lobbendorf positive Resonanz gehört hat, dass dort endlich mal etwas passiert.

Herr Bullmahn will konkret wissen, ob nun Asbest in dem Gebäude ist. Er fürchtet, dass dort rund 1500 Menschen untergebracht werden, weil die Platzverhältnisse dies zulassen würden.

Herr Dornstedt erklärt, dass die Fragen der Asbestentsorgung im Rahmen des Bauantragsverfahrens geklärt werden müssen. Er ist sich aber sicher, dass keine Menschen in einem asbestverseuchten Gebäude untergebracht werden.

Herr Kiener hält die Panikmache von einigen Unwissenden für unbegründet, kein Vermieter würde je das Risiko eingehen und asbestverseuchte Räume anbieten. Es gäbe außerdem sehr strenge Auflagen, wie Asbestentsorgung auszusehen hat, kein Arbeiter wird durch solch einen Rückbau geschädigt.

Herr Kurt stellt den Antrag diesen Tagesordnungspunkt zu vertagen, damit die Behörden Rede und Antwort stehen können.

Herr Kiener ist ebenfalls davon überzeugt, dass die Zahl von 750 Flüchtlingen geschönt und herunter gerechnet wurde und mindestens 1500 Menschen dort untergebracht werden.

Herr Pörschke findet es ärgerlich, dass sich die Aussagen der Architektin mit dem Inhalt des Schadstoffkatasters widersprechen. Dies muss geklärt werden, um Verunsicherung in der Bevölkerung zu vermeiden.

Er erklärt, dass im Vulkangebäude Steuerungseinheiten wie die ZASt und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) untergebracht werden sollen. Dort wird geklärt, wer in Bremen bleiben kann oder wer unter Umständen in ein anderes Bundesland ziehen muss. Es werden erkennungsdienstliche Behandlungen erfolgen und Untersuchungen vom Gesundheitsamt stattfinden. Das sind alles Grundvoraussetzungen für ordentliche Asylverfahren. Wenn rasche Asylverfahren erfolgen sollen werden solche Steuerungseinheiten benötigt. Der Bund hat beschlossen, dass diese Einrichtungen mindestens 500 Plätze vorhalten müssen. Bisher ist lediglich der Beiratsbereich Obervieland mit den zwei großen Steuerungseinrichtungen belegt.

Er findet es bedauerlich, dass Rückfragen an das Ressort heute nicht möglich sind und begrüßt, dass eine Anwohnerversammlung angeboten wird.

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Töllner und Herrn Dedner von der Polizei und bittet um die Stellungnahme der Polizei zu diesem Thema.

Zur Frage der Sicherheit rund um eine ZASt erklärt Herr Töllner, dass es Aufgabe der Träger ist, für ausreichende Sicherheitsmaßnahmen durch Sicherheitsfirmen zu sorgen.

Trotzdem hat die Polizei sich mit diesem Thema beschäftigt um die eigenen Erfahrungen einzubringen und die Rahmenbedingungen aufzuzeigen damit ein reibungsloser Ablauf gewährleistet werden kann. So wurde ein Maßnahmenkatalog erstellt und an entsprechende Stellen weitergegeben, die sich mit Flüchtlingsfragen beschäftigen, um mögliche Probleme im Vorfeld zu minimieren. Z.B. geht es da um die Planung eines Sicherheitsdienstes, die Einrichtung einer Concierge, eine Zugangskontrolle, Fluchtwege, Videoüberwachung, mögliche Einsätze der Polizei, ein Beleuchtungskonzept, ein Abfallkonzept und vieles mehr. Einiges hört sich banal an, aber ist für ein Gesamtkonzept unabdingbar.

Es sollte z.B. auch darauf geachtet werden, bestimmte Personengruppen räumlich zu trennen. Oft sind es ganz geringfügige Einsatzanlässe, die dazu führen, dass man in der Zeitung lesen kann, dass mehrere Streifenwagen vor einer Flüchtlingsunterkunft im Einsatz waren.

Viele Dinge des Konzeptes sollten schon im Vorfeld und im Bauantragsverfahren bedacht werden.

Die Arbeitsgruppe hat sich das Umfeld von Flüchtlingsunterkünften angeschaut und festgestellt, dass sich die Kriminalitätsslage in keinem Fall objektiv verschlechtert hat. Es gibt eine Vielzahl von Flüchtlingsunterkünften in Bremen und die Polizei bemüht sich, eine schnelle Verfügbarkeit von Einsatzkräften durch eine gute und konsequente Steuerung zu erreichen. Sie muss flexibel gestaltet sein um sicherzustellen, dass auf eventuelle Störungen ausreichend und angemessen reagiert werden kann. Um dies zu erreichen muss sich die Polizei in Strukturen neu ordnen, was momentan stattfindet. Herr Töllner hält einen runden Tisch für dieses Objekt für ganz wichtig, damit alle Akteure die mit der Einrichtung und Planung des Vulkanverwaltungsgebäudes befasst sind, gut vernetzt arbeiten können.



Eine Bürgerin wünscht sich eine Informationsveranstaltung des Beirates, z.B. ob es bei der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung möglicherweise Einschränkungen geben wird. Außerdem hörte sie, dass Kita-Mitarbeiter für Flüchtlingseinrichtungen abgeworben werden. Sie hält es nicht für gut, nur durch „hören-sagen“ informiert zu sein.

Der Vorsitzende stellt klar, dass der Beirat bei der Entscheidung, ob eine ZASt hier in Vegesack eingerichtet wird, nur beteiligt wird. Das heißt, dass Öffentlichkeit hergestellt und das Ansinnen der Behörde dem Beirat vorgestellt wird. Die Annahme, der Beirat würde darüber entscheiden, ob eine ZASt nach Vegesack kommt oder nicht, ist falsch und es ist auch eine falsche Erwartung zu glauben, dass eine Ablehnung des Beirates für die senatorischen Behörden bindend wäre. Die Beteiligung des Beirates erstreckt sich darauf, wie in der letzten Sitzung geschehen, ein Positionspapier vorzulegen um sich inhaltlich einzubringen. Darum ist der Beirat auch der falsche Adressat, eine Bürgerversammlung durchzuführen. Die Beiratsmitglieder sind als ehrenamtlich und nebenberuflich tätige Politiker nicht in der Lage, die Fragen inhaltlich richtig und komplex beantworten zu können, wie sie die Fachleute der senatorischen Behörden beantworten müssen. Deshalb sollte die Bürgerversammlung tatsächlich unter der Federführung der Sozialbehörde, die die Entscheidungen trifft, durchgeführt werden.

Zur Frage, dass Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Kitas angeschrieben wurden, erklärt Herr Dornstedt, dass alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst angeschrieben wurden, ob sie sich verändern möchten und in der Flüchtlingsarbeit tätig werden möchten. Diese Formbrief ist an alle Mitarbeiter, auch an die Mitarbeiter des Ortschaftsamtes, versendet worden.

Es wird gefragt, wer für die Registrierung von Flüchtlingen verantwortlich ist, wie sich Flüchtlinge ausweisen und wie viele Flüchtlinge im Land sind. Herr Töllner erklärt, dass das Sozialamt für die Registrierung zuständig ist, die Polizei aber ggf. erkenntnisdienliche Behandlungen übernimmt. Personen, die in Einrichtungen untergebracht werden, müssen registriert werden, aber es gibt auch noch Personen, die bisher nicht registriert wurden. Wenn diese Personen auffallen sollten, werden sie von der Polizei erkenntnisdienlich behandelt. Inzwischen wird die Abarbeitung der Aufgaben jedoch immer besser.

Es kommen verschiedene Fragen zu Zuständigkeiten bei Abläufen der Flüchtlingsregistrierung auf, die ohne die Behördenvertreter nicht zu beantworten sind. Das Fehlen der Behördenvertreter wird als Affront gegen die Bevölkerung und den Beirat gesehen.

Die mangelnde Aufklärung zur Schadstoffbelastung in dem Vulkangebäude wird angemahnt, es sei gefährlich Menschen in dem Gebäude unterzubringen.

Eine Anwohnerin fragt, wann Kinder wieder Sportunterricht haben werden. Sportvereine kommen in Schwierigkeiten, weil Mitglieder die Vereine verlassen. Sie möchte wissen, ob es Unterstützungen für die Vereine gibt, denn es müssen andere Räumlichkeiten teuer angemietet werden.

Der Vorsitzende sagt zu, die Fragen an die Sportsenatorin weiterzuleiten.

Auf die Frage, warum schon Bauarbeiten im ehemaligen Vulkanverwaltungsgebäude durchgeführt werden, obwohl noch kein Bauantrag gestellt wurde, wies der Vorsitzende darauf hin, dass in der Stellungnahme des Bauamtes zu lesen sei, dass es sich um genehmigungsfreie Arbeiten handelt.

Es wird gefordert, das Polizeirevier wieder durchgängig zu öffnen und auch zusätzliches Personal einzustellen. Außerdem wurde die Abstimmung bei der letzten Sitzung als missverständlich empfunden.

Herr Töllner erklärt, dass die Polizeiinspektion-Nord ein Teil des Großen sei und Entscheidungen getroffen wurden, wie das Personal am besten eingesetzt wird. Es ist nicht zielführend, das Polizeirevier nachts zu öffnen, denn der Bürger möchte, wenn er 110 anruft, dass schnelle Hilfe kommt und nicht, dass zwei Personen im Polizeirevier sitzen.

Herr Riebau beantragt die Rednerliste zu schließen. Dem wird gefolgt.

Herr Pörschke geht nochmals auf das Sicherheitskonzept ein und erklärt, dass Heimleitungen bereits jetzt sehr sensibel damit umgehen, wie sie Menschen aus verschiedenen Religionen unterbringen. Wenn es in den Heimen zu Übergriffen kam, ging es aber in den wenigsten Fällen um religiöse Konflikte. Die Sorge der Bevölkerung, dass unter den Flüchtlingen Menschen sind, von denen eine Gefährdung ausgeht, kann er verstehen. Mit diesen Themen befasst sich bereits der Verfassungsschutz.

Herr Bullmahn würdigt die Arbeit der Polizei und der Feuerwehr in Bremen und sieht die Notwendigkeit, mehr Personal einzustellen um die Sicherheit in Bremen-Nord zu gewährleisten.

Herr Degenhard wundert sich über die Erklärung der Polizei, dass es keinerlei Probleme im Zusammenhang mit den Flüchtlingseinrichtungen gibt. Wenn man die Zeitung aufschlägt und in sozialen Netzwerken liest, bekommt man ein anderes Bild. Er vermutet, dass es einen Maulkorberlass gibt.

Herr Sulimma kritisiert, dass die ZAST, obwohl sie noch nicht eingerichtet wurde, im Vorfeld als sozialer Brennpunkt bezeichnet wird. Außerdem kritisiert er, dass das Abstimmungsverhalten eines Beiratsmitgliedes in der Sitzung erörtert wird.

Herr Jacobi erkundigt sich nach der genauen Zahl der Polizeieinsätze in der ZAST Steinsetzer Straße. Er stellt eine Berechnung an, dass in Vegesack innerhalb eines Jahres ca. 3000 Menschen kommen und gehen werden, das hält er für untragbar. Er verliest Fragen, die er bei einer Bürgerversammlung beantwortet haben möchte:

- Wer hat die Beurteilung zur Belastung des Ortsteils Fähr-Lobbendorf vorgenommen und wie ist die weitere Planung?
- Ist eine Gründung eines Anwohner- und Bürgervereins geplant, der dann Gespräche anbietet?
- Ist eine Klagemöglichkeit der Einwohner gegeben?
- Von wem wurde die Immobilie zu welchem Preis erworben?
- Wurde schon ein Mietvertrag für welchen Zeitraum und zu welchen Konditionen gefertigt?
- Wie hoch sind eventuelle Garantieinvestitionen?
- Was zahlt der Staat pro Bewohner an den Eigentümer?
- Welche Folgekosten entstehen bei Auszug?
- Wieviel feste Beschäftigte und Ehrenamtliche sind vorgesehen?
- Wieso dauert der Bau eines Nahversorgers 10 Jahre?
- Gibt es weitere Planungen der Belegung?

Der Vorsitzende stellt fest, dass es keine weiteren Wortmeldungen gibt und schlägt folgende Beschlussfassung vor:

- 1. Der Beirat kritisiert die Abwesenheit der Senatorin für Soziales und des Bauamtes Bremen-Nord an der heutigen Sitzung, obwohl sie rechtzeitig eingeladen worden waren.**
- 2. Das Ortsamt Vegesack wird die Stellungnahmen der Senatorin für Soziales und des Bauamtes Bremen-Nord sowie das Schadstoffkataster auf der Homepage des Ortsamtes Vegesack veröffentlichen.**
- 3. Die Senatorin für Soziales wird aufgefordert, die von ihr angekündigte Bürgerversammlung schnellstmöglich durchzuführen.**
- 4. Der Bauantrag ist vorzulegen und zu beraten. Die Polizei ist bereits im Vorfeld des Bauantragsverfahrens zu beteiligen.**

**Der Beschluss wird einstimmig gefasst.**

### **Tagesordnungspunkt 6**

#### Löschung des öffentlichen Überwegungsrechtes für den „Vegesacker Balkon“ Weserstraße 74/75

Der Vorsitzende stellt Herrn Will, den Geschäftsführer der Firma Hansegrund vor und führt in das Thema ein.

Im März 2011 hat sich der Beirat bereits mit dem Verkauf des Gebäudes Weserstraße 74/75 befasst. Es gab verschiedene Bedingungen zum Verkauf der Immobilie. Der Beirat hat sich damals der Empfehlung des Landesamtes für Denkmalpflege angeschlossen, die Immobilie und die Fläche dahinter unter der Bedingung zu verkaufen, dass der Vegesacker Balkon weiterhin öffentlich nutzbar ist.

Die Firma Hansegrund hat das Gebäude mit einem Überwegungsrecht zum Vegesacker Balkon gekauft, aber seit gut viereinhalb Jahren ist dort nichts passiert. Nun hat der Eigentümer den Antrag gestellt, dieses Überwegungsrecht zu löschen.

Herr Will erläutert, dass es seit Jahren nicht gelungen sei, die Fläche zu vermarkten. Die potentiellen Interessenten wünschen eine eigene und private Gartennutzung und möchten nicht, dass dort evtl. Menschen auf den Bänken sitzen und Lärm und Schmutz verursachen.

Herr Bullmahn bedauert, dass es überhaupt zu einem Verkauf gekommen ist und erklärt, dass der Garten weiterhin für Bürger zugänglich sein muss.

Herr Degenhard wundert sich, dass eine Firma wie Hansegrund die Sachlage derartig falsch eingeschätzt hat. Er fürchtet, dass die Immobilie verwahrlosen würde, wenn der Beirat den Antrag ablehnt, daher kann er sich auch vorstellen den Antrag zu befürworten.

Herr Pörschke erinnert, dass der Beirat und auch die Behörden den Bürgern viel zumuten, auch in der Frage zur Flüchtlingsunterbringung. Der Beirat hat sich oft mit Klagen von Anwohnern über Lärm von Kindern oder an Sportanlagen zu befassen. Da ging es immer um Sorgen und Nöte von Bürgern. Es ging dabei nie um wirtschaftliche Interessen.

Der Erwerber der Immobilie hat sich auf die Kaufbedingungen eingelassen. Nun stellt er fest, dass er die Immobilie nicht so vermarkten kann, wie er sich das ursprünglich gedacht hat. Herr Pörschke kritisiert, dass die Firma Hansegrund nicht mit dem Preis

herunter geht, sondern sich an die Öffentlichkeit wendet, unentgeltlich ein Recht an einem Grundstück abzugeben. Das Überwegungsrecht war aber mit Sicherheit Bestandteil der Preisgestaltung beim Verkauf.

Herr Kiener fragt nach der Größe der Fläche. – ca. 25 m<sup>2</sup>

Er erwartet, dass ein vernünftiger Betrag für den Stadtgarten dabei abfallen würde, bzw. eine entsprechende Gegenleistung für den Bürger dabei herauskommt, wenn das Überwegungsrecht gelöscht wird.

Herr Kurt erklärt, dass der Vegesacker Balkon öffentlich bleiben muss. Frau Weßling, Frau Frenzel und Frau Palicki schließen sich dem an.

Herr Riskalla wundert sich, dass Immobilien Bremen ohne eine entsprechende Kompensation das Überwegungsrecht löschen würde. Außerdem erkundigt er sich nach der Verbindlichkeit eines Beiratsbeschlusses.

Herr Dornstedt erklärt, dass die Beteiligung des Beirates in § 9 des Beirätegesetzes geregelt wird. Danach wird der Beirat beteiligt weil es sich um die Umnutzung einer öffentlichen Fläche handelt.

Mehrere Bürger erklären, dass der Vegesacker Balkon öffentlich bleiben muss. Es wird nach dem Bauzaun gefragt, der schon seit Jahren dort steht. Außerdem wird beklagt, dass das Grundstück und das Gebäude langsam verfallend, was nicht im Sinne des Denkmalschutzes sein kann. Zu bedenken sei auch, dass dies einer der wenigen Orte sei, an dem Rollstuhlfahrer barrierefrei den Blick zur Weser und zum Oldenburger Land genießen können.

Außerdem sollen die Wohnungen schon jetzt mit Gartennutzung angeboten werden.

Herr Böning berichtet, dass die Verbindung von der Weserstraße zum Stadtgarten auf jeden Fall erhalten und öffentlich bleibt. Der Denkmalschutz soll ebenfalls erhalten werden.

Herr Will erklärt, dass der Bauzaun aufgestellt wurde, weil im Sommer alle 4 Wochen mehrere Säcke mit Müll dort eingesammelt werden mussten.

Der Vorsitzende stellt die Frage zur Abstimmung.

***Die Löschung des öffentlichen Überwegungsrechts für den Vegesacker Balkon des privatisierten Grundstücks Weserstraße 74 / 75 wird bei 1 Zustimmung, mit 12 Gegenstimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.***

## **Tagesordnungspunkt 7**

### Anträge und Anfragen der Parteien

#### 1. Dringlichkeitsantrag der SPD – Spicarium erhalten

Herr Sulimma begründet die Dringlichkeit mit der Deputationsbefassung am 2. Dezember 2015.

***Die Dringlichkeit wird mit einer Enthaltung beschlossen.***

Herr Sulimma trägt den Antrag vor.

Herr Pörschke schlägt eine Änderung und eine Ergänzung in der Formulierung vor.

Herr Degenhard empfindet es als Brüskierung für Bremen-Nord, dass über den Beschluss des Beirates hinweg entschieden wird. Er fragt, wo der Bremen-Nord-Beauftragte sei und wie seine Position dazu sei.

Herr Kurt erklärt, dass er das Spicarium für eine Steuerverschwendung hält und eine Schließung begrüßt.

***Der Beirat Vegesack bekräftigt seinen Beschluss, von der Schließung des Spicariums abzusehen.***

***Er fordert darüber hinaus den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen auf, zu begründen, warum eine Schließung des Spicariums, trotz des gegenteiligen Beschlusses des Vegesacker Beirats und der vielfältigen Bemühungen um eine Attraktivitätssteigerung, geboten sein soll.***

***Der Beirat fordert eine Darlegung der Wirtschaftlichkeitsberechnung und Informationen über die Planung zu einer weiteren öffentlichen Nutzung des Alten Speichers.***

***Der Beirat beschließt, dieses Thema im Dezember auf die Tagesordnung zu nehmen, falls der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen von seinem Vorhaben nicht abrückt, das Spicarium zu schließen.***

***Beschluss mit 12 Zustimmungen und 1 Ablehnung***

## 2. Gemeinsamer Antrag

– Generalplan Küstenschutz – Planungen im Bereich Bahnhofsvorplatz

Herr Sulimma trägt den Antrag vor.

***Der Beirat Vegesack fordert vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr die Sicherstellung der frühzeitigen Information über und Beteiligung des Beirates Vegesack an der Planung des Hochwasserschutzes nach den Vorgaben des Generalplans Küstenschutz.***

***Einstimmiger Beschluss***

## 3. Antrag der CDU - Zukunft der Grohner Düne

Herr Bullmahn trägt den Antrag vor.

***Der Beirat Vegesack fordert den Senator für Inneres, die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, die Senatorin für Kinder und Bildung sowie den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr auf, unverzüglich Kontakt mit den Eigentümern der Grohner Düne aufzunehmen und endlich das integrierte Entwicklungskonzept zu erstellen. Der Beirat Vegesack ist zu beteiligen. In der Sitzung des Beirates am 10. Dezember 2015 sollen die Planungen vorgestellt werden.***

***Beschluss mit 11 Zustimmungen und 1 Enthaltung***

## 4. Antrag der CDU – Unterbringung von Flüchtlingen in privatem Eigentum

Frau Frenzel trägt den Antrag vor.

Herr Dornstedt erklärt, dass Anträge des Beirates nur für den Stadtteil Vegesack gestellt werden können, der Antrag wird daraufhin umformuliert.

Herr Pörschke erklärt, dass es keinerlei solche Pläne gibt, er die Ängste die hinter dem Antrag stehen, jedoch nachvollziehen kann.

***Der Beirat Vegesack fordert die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport auf, keinen Zugriff auf private Häuser und Wohnungen in Vegesack für die Unterbringung von Flüchtlingen vorzunehmen. Der Beirat erwartet eine Stellungnahme der Senatorin bis zur nächsten Sitzung.***

***Beschluss mit 7 Zustimmungen, 3 Enthaltungen.  
Herr Pörschke hat nicht an der Abstimmung teilgenommen***

#### 5. Antrag der CDU – Öffnung des Polizeirevier Vegesack

Frau Frenzel trägt den Antrag vor.

Herr Pörschke schlägt vor, die Beschlussfassungen der Vorjahre zu bekräftigen.

Herr Degenhard erklärt, dass es bei einer Nachtöffnung des Polizeireviers nur um subjektive Sicherheit geht, es sei wichtiger, dass die Polizei auf der Straße sei. Das grundlegende Problem sei der Personalmangel da die Sicherheitslage in Vegesack sich verändert hat. Trotzdem wird er den Antrag unterstützen.

Herr Kurt unterstützt den Antrag und erinnert, dass es sich um ein Konzept der großen Koalition handelt. Die jetzige Regierung ist nicht verantwortlich.

Herr Dr. Schlenker bekräftigt, dass in der heutigen Situation die Polizei besser auf der Straße aktiv sein sollte als in einem Polizeigebäude zu sitzen.

Herr Bullmahn erklärt nochmals die Notwendigkeit einer Nachtöffnung, weil die Bürger rund um die Uhr Ansprechpartner für ihre Anliegen haben möchten.

***Der Beirat Vegesack bekräftigt die Beschlussfassungen der Vorjahre gegen die Nachtschließung des Polizeireviers Vegesack und bittet den Senator für Inneres, einen Sachstandsbericht zur Sicherheitslage in Vegesack abzugeben.***

***Der Antrag wird einstimmig beschlossen.***

#### 6. Anfrage der CDU - Brückenbau in der Straße „Im Dorfe“

1. Ist eine Sanierung bzw. Neubau der Aue-Brücke in der Straße „ Im Dorfe“ geplant?
2. Ist eine Verbreiterung der Fahrbahn geplant?
3. Müssen Bäume gefällt werden?
4. Sind Ausgleichsmaßnahmen für die gefällten Bäume geplant?
5. Wie wird die Brücke aussehen (Beton, Metall, Holz)?
6. Wann ist der Baubeginn geplant?
7. Warum wurde der Beirat bisher nicht beteiligt?

Die Anfrage wird an das Amt für Straßen und Verkehr weitergeleitet.

Aufgrund des Grundsatzbeschlusses des Beirates Vegesack wird nach 22.00 Uhr kein weiterer Tagesordnungspunkt aufgerufen.

Ende der Sitzung 22.15 Uhr

Dornstedt  
Vorsitzender

Zilm  
Schriftführerin  
Seite 14 von 14

Weßling  
Beiratssprecherin